

BM Halbe erläutert zunächst eingehend die allen Ratsmitgliedern vorliegende Beratungsvorlage und der damit verbundenen bzw. zukünftig eintretenden Situation für Bergneustadt. Des weiteren teilt er mit, dass es sich bei dem vorgelegten Gesetzentwurf lediglich um einen Referentenentwurf handele, der selbst in den eigenen Reihen der Landesregierung auf Widerstand stoße. Sicher sei jedoch, dass mit dem Stärkungspaket Stadtfinanzen erhebliche Mehrbelastungen auf die Stadt Bergneustadt und ihre Bürger zukommen werden.

Zum anderen gibt er zu bedenken, dass einige Dinge in dieser Angelegenheit ganz außer Acht gelassen wurden, so z. B. die Kreis- und Landschaftsverbandsumlage.

Seine ganz persönliche Einschätzung der Angelegenheit sei aber, dass die Regierung nicht den Mut aufbringe, den Menschen mitzuteilen, dass wir über unsere Verhältnisse hinaus gelebt haben. Diese Aufgabe gebe sie nun an die Bürgermeister der Kommunen weiter.

Im Anschluss erklären alle Stadtratsfraktionen ihren Standpunkt zu diesem Thema und teilen mit, dass der vorgelegte Entwurf für die Stadt Bergneustadt in dieser Form nicht tragbar sei und so nicht hingenommen werden könne, da hier Versäumnisse der Bundes- sowie Landesregierung auf dem Rücken der Bürger ausgetragen werden sollen.

Die Verwaltung sagt zu, dass sie dem Stadtrat über neue Erkenntnisse zum Entwurf des Stärkungspaktgesetzes, zeitnah unterrichten werde.

Einen 1. Schritt zur Vertretung der Interessen der Stadt hat die Verwaltung eingeleitet, in dem sie am 05.09.2011 in einem Treffen mit 21 weiteren "Stufe-1-Kommunen" die als Anlage 3 abgedruckte Stellungnahme zu den Eckpunkten für die Umsetzung des Stärkungspaktes Stadtfinanzen mitverfasst hat. Diese Ausarbeitung wurde an den Städte- und Gemeindebund NRW weitergeleitet und soll in dessen Stellungnahme im Rahmen des Anhörungsverfahrens zum Gesetzentwurf Verwendung finden.